

„Berliner Tageblatt“

und Handels-Zeitung... am 27. August 1908



Abonnement-Preis

Preis für ein Jahr... 12 Mark

Berliner Tageblatt

Nr. 437 37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Freitag 28. August 1908

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK“ No. 35.

„Einigkeit.“

Von Zeit zu Zeit ertönt immer wieder aus dem liberalen Lager heraus eine kräftige Forderung: man wolle nun endlich daran gehen, die langwierige große und starke, einigte und geschlossene liberale Partei zu schaffen.

Nein, — und man kann dieses Nein nicht genug unterstreichen — es wird auf solche Weise nicht und nie gelingen. Denn diese Methode, zur Einigkeit zu gelangen, ist nur ein Symptom der Schwäche, aber kein Mittel, sie zu überwinden.

Zu ersten Augenblick erscheint solche Übertragung als sehr nabelingend und die Prognose für das Gelingen äußerst düster. Wirklichste Interessenten und Interessengruppen, die lange Zeit nicht nur nebeneinander, sondern auch im Konkurrenzkampf gegeneinander gearbeitet und sich gegenseitig geschädigt haben, bilden einen Ring, ein Kartell oder einen Trust und vergleichen, das heißt sie arbeiten nur auf gemeinsamer Basis miteinander, um Vorteil aller Teile und des Ganzen; vorher waren die einzelnen gesplitterten Glieder schwach und ohnmächtig, jetzt sind sie vereint, stark, ja oft sehr stark und selbst übermächtig.

Aber alle diese Analogien sind eben durchaus irreführend, selbst dann noch irreführend, wenn sie dem tatsächlichen Zustand unserer politischen Parteienlebens genau entsprechen sollten. Mögen auch unsere Geschäftspolitiker einer Partei noch so sehr als eine wirtschaftliche Interessenvertretung auffassen, sie kann es doch selbst im ungünstigsten Falle nie sein und werden; und so sind eben die Voraussetzungen zur Trustbildung im parteipolitischen Leben auch grundverschieden von denen des wirtschaftlichen Lebens.

zum Durchbruch kommt; kurz, in einem Falle handelt es sich um feste und meist bezifferbare Faktoren, im anderen Falle um nicht bezifferbare und veränderbare Faktoren.

In dieser Leidenschaft aber zur fortgeschrittenen Vertrustung der politischen Parteien, die wohl noch nie und nirgends so groß gewesen ist als in der glorreichen Ära der Reichspolitik, zeigt sich besonders deutlich die ganze Welle unserer politischen Zustände. Es ist das eines der schlimmsten Erbteile der innerpolitischen Entwicklung seit der späteren Bismarckischen Ära, wo mit nur allzu gutem Erfolge vermindert wurde, die politischen Parteien allmählich zu wirtschaftlichen Interessengruppen herabzuwürdigen und neue Parteien oder Parteifusionen ins Leben zu rufen.

Nicht also äußerlich, auf dem Wege der Trustbildung, kann die Einigkeit der Liberalen, die Großes wirken soll, erreicht werden, sondern nur durch innerliche Umbildung, dadurch, daß man einen neuen Geist weckt, in dem und durch den alle einig sein können. Statt daß man Parteiprogramme, die schon jetzt vielfach ein kraß- und reizloses Gemisch darstellen, von neuem auflockert, um daraus ein neues Wort zu bereiten, sollte jede Partei an ihrem Teile neuen Geist zu wecken und zu pflegen suchen, und statt daß man es in untergeordneten Fragen sammelt und dann in „Einigkeit“ mit der Stange im Hinkel herumfähet, um die leuchtenden Ziele des Liberalismus festzustellen, sollte man umgekehrt erst ein klares Ziel aufstellen und dann versuchen, möglichst viele entschlossene Kämpfer darauf hinzulenken. Und dieses Ziel braucht nicht erst tiefstimmig ergründet zu werden, es ist nicht nötig, erst dazu den ganzen Komplex politischer Fragen der Gegenwart aufzurollen und auch jede technische Einzelfrage, etwa die der Versicherung von Privatbeamten oder der Zollbehandlung von Nahrungsmitteln, „vom Standpunkt der liberalen Weltanschauung“ gründlich zu behandeln; die dringlichen großen Ziele, denen der Liberalismus jetzt nachzujubeln hat — zum Beispiel Durchdringung eines christlichen Konstitutionalismus mit Ministerverantwortlichkeit, Demokratisierung Preußens, Befreiung der Schule von der Kirche und Bürokratie — liegen einfach und klar vor aller Augen, und es genügt völlig, vorerst einmal auf eine der darin enthaltenen wichtigen Forderungen alle Kraft zu konzentrieren, wie es im vorigen Jahr mit der Forderung des Reichswahlrechts für Preußen geschehen ist.

So ist es auch bezeichnend für unsere liberalen Geschäftspolitiker, daß sie mehr und mehr sich daran gewöhnen haben, nach berühmtem Muster die Politik als „die Kunst des Möglichen“ zu definieren. Aber es wird nicht eher besser werden, als bis man eingesehen hat, daß die Politik auch die Kunst des Unmöglichen ist, das heißt die Kunst, das was als politische Notwendigkeit erkannt ist, wirklich zu machen, auch wenn es noch so unmöglich erscheint. Was würden diese all-liberalen Opportunisten wohl gesagt haben, wenn man ihnen die jetzt in der Türkei eingetretene Umwälzung vor wenigen Wochen prognostiziert hätte; was hätten sie wohl in den Tagen von Müstafä gesagt, würde man es als möglich hingestellt haben, daß binnen wenigen Jahren, unter Einmünderung Österreichs, Deutschland genötigt sein würde? Sie hätten vermutlich gesagt, Leute, die solchen Utopien nachhätten, kämen für die „evakuierte“ Politik nicht in Betracht, die eben nur „die Kunst des Möglichen“ ist. Wirklich, wäre man ihnen erwidern, ist in gewisser Weise jede Politik eine Kunst des Möglichen, denn es gibt Grenzen, die alle menschlichen Bestreben gezogen sind, und

an denen jeder, auch der Stärkste, resignieren muß. Aber dies eben ist die Frage, dieß ist der Unterschied, wo man diese Grenzen gezogen glaubt, und wo man zu resignieren anfängt, ob schon beim Eintreten eines Ministers, bei der Verantwortung auf einen Orden oder einer Dinner Einladung — oder an den Grenzen der Natur, der Menschheit und des menschlichen Vermögens.

Kardinal Rampolla, der Zukunftspapst.

In den letzten Tagen hat in vatikanischen Kreisen die Frage, wer auf den erledigten Posten des Sekretärs der Konklavalfongregation berufen werde, die Gemüter lebhaft erregt. Diese Kongregation ist nach den Reformen, welche Papst Pius X. in der Organisation der Kurienbehörden kürzlich vorgenommen hat, von sämtlichen Heiligen Kongregationen die wichtigste geworden. Ramentlich gehört es zu ihrem Ressort, die Bischofsnennungen vorzuschlagen, und im Falle des Todes des Papstes hat der Sekretär der Konklavalfongregation als intermediärer Staatssekretär am Sekretär des Konklaves zu fungieren. Wie ich kürz. ist die Ernennung des früheren Staatssekretärs Kardinals Rampolla für diesen Posten in Aussicht genommen, wird aber von einflussreichen Persönlichkeiten heftig bekämpft. Die Ansicht, daß diese Ernennung geplant sei, hat namentlich alle die, denen der Gegensatz zwischen Rampolla und der gegenwärtig im Vatikan herrschenden Richtung wohl bekannt ist, mahnd überzogen. Wenn Rampolla diesen Posten annimmt, würde er dadurch mit einem solchen ansehnlich hohen Einkunftsanspruch und mit den sichersten Mitteln seine Wahl zum Papst vorbereiten können. Nachdem die Rampolla befreundeten Kardinalen beim Papst Schritte getan haben, um seine Ernennung zurückzuführen, sind, wie ich aus guter Quelle erlaube, auch die Gegner des gefährlichen „Papabile“ nicht untätig gewesen. Sie haben Pius X. klar gemacht, daß er selbst, wenn er Rampolla zum Sekretär der Konklavalfongregation mache, diesen zu einer Art Vizepapst bis zu der Stunde, in der ihm die Krone zu setzen wäre, einlegen würde. Die Vorstellungen sollen auf Pius X. nicht ohne Eindruck geblieben sein, und bis auf weiteres kann die Ernennung des päpstlichen Kardinals auf den schon so lange vakanten Posten für vertagt gelten.

Die türkische Reformaktion.

In einer Unterredung mit dem Folgenminister Sami Pascha erklärte dieser, der von seiner schwebenden Tätigkeit als Minister entlastet bei einem großen Freundesbesuch in Berlin, daß er bei vollkommener Reueinrichtung der Polizei im äußeren Dienst sich vielleicht an das Berliner Muster anlehnen werde. Er löbte zuweilen Berichte ein über das Polizeiwesen aller Weltstädte. Vor allem müsse auch die Feuerwehre großtätig reorganisiert werden, da sie bei dem jüngsten großen Brand vollkommen versagte. Dieserlei Reformen seien augenblicklich noch ersehnt, da Polizei und Stadtpräfectur getrennt seien. So sei die Einrichtung einer modernen Wappolizei Sache der Präfectur und nicht der Polizei. Auch das Verzeichnis der erforderlichen Bestimmungen, die die Bekämpfung des Verbrechens und die Unterhaltung des öffentlichen Friedens betreffen, sei noch im Entstehen; er werde nun aber auf seinem Posten bleiben, da seine Commission abgelehnt sei. Die gestern neuerschienene Zeitung „Nevolet Watan“ fordert die Postdirektion auf, Post und Telegraph nach deutschem Muster einzurichten. Der Chronologische Beschab nimmt am morgigen Samstag teil.

Eine Unterredung mit dem türkischen Polizeiminister.

Ich hatte heute Gelegenheit, den neuen Polizeiminister Sami über die Reformpläne seines Ressorts zu befragen. Er erklärte mir: „Ich kann statistisch nachweisen, daß in Konstantinopel niemals weniger Verbrechen begangen wurden, als jetzt. Die wenigen Fälle beschränken sich auf Taschendiebstahl, deren Täter eingesperrt worden sind. Auch die Nachrichten über einen verurteilten Brandstiftersbund sind erfinden. Die Reorganisation meines Ressorts bedeutet nichts für die höhere Stellen werden von Zuerst in und zu verlässigen Verwaltungsbearbeitern besetzt. Mit der Bekämpfung des Verbrechens und der Unterhaltung des öffentlichen Friedens werden die meisten Verbrechen durch die Polizei zu bekämpfen. Sie ziehen vollständig mehr Militär zusammen, als nötig ist. Wie werden die Rechtsprechung mit allen Mitteln verbündet.“ Das nach Troussa abkommandierte Militär hat dort sofort die Ordnung wiederhergestellt. In der Bevölkerung begegnet man häufig falschen Vorstellungen über die Bedeutung der neuen Freiheiten. So glaubt man teilweise, daß die Steuerpflicht aufgehoben sei. Die Regierung hätte deshalb die Presse, weniger freizulassen und mehr aufzufordern zu wirken, um der Bevölkerung die Bedeutung der Befreiung und das Wohlgesetz klar zu machen. Die Zeitung „Sakak“